

# „Eine Zweistaatenlösung ist völlig unrealistisch“

Chance für Frieden im Nahen Osten? Der israelisch-deutsche Philosoph Omri Boehm glaubt an eine jüdisch-palästinensische Föderation.

**AACHEN/NEW YORK** Wie kann der jahrzehntelange Konflikt zwischen jüdischen Israel und Palästinensern gelöst werden? Der deutsch-israelische Philosoph **Omri Boehm** hat einen Vorschlag. Er plädiert für einen gemeinsamen Staat, für eine jüdisch-palästinensische Föderation. Unser Redakteur **Joachim Zinsen** sprach mit ihm.

*Herr Boehm, die neue Bundesregierung erklärt in ihrem Koalitionsvertrag, sie wolle sich im Nahost-Konflikt „weiter für eine verhandelte Zweistaatenlösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 einsetzen“. Was halten Sie von dem Kurs?*

**Omri Boehm:** Die Agenda ist völlig unrealistisch. Ich gehe davon aus, dass viele in der Koalition das auch wissen. Die Erklärung ist zudem ein Stück weit opportunistisch. Wer sich um das künftige Wohlergehen Israels sorgt und sich für das Völkerrecht einsetzt, sollte alternative demokratische Konzepte fördern.

*Warum ist in ihren Augen die Zweistaatenlösung nicht mehr tragfähig?*

**Boehm:** Anders als oft behauptet, sind nicht allein die vielen jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten der Hauptgrund. Entscheidend ist die Zahl der Palästinenser. Sie stellen zwischen Jordan und Mittelmeer die Bevölkerungsmehrheit. Die „großzügigste“ Zweistaatenoption bietet ihnen die Souveränität über rund 22 Prozent dieses winzigen Gebietes an. Und zwar in den zwei getrennten Teilen Gaza und Westjordanland. Schon das ist kein fairer Kompromiss, der Frieden schaffen kann. Hinzu kommt: Von den derzeit rund 750.000 jüdischen Siedlern in der Westbank und in Ost-Jerusalem würden sich die meisten niemals evakuieren lassen.

*Gibt es in Israel noch relevante politische Kräfte, die weiter auf eine Zweistaatenlösung hinarbeiten?*

**Boehm:** Nein. Bei diesem Thema mag es zwar einfach sein die Deutschen, Europäer und Amerikaner zu belügen. Aber Israelis und Palästinenser wissen genau, dass es eine solche Lösung nicht mehr geben wird. Die Entwicklung geht deshalb auch längst in eine andere Richtung.

*In welche?*

**Boehm:** Die linksliberale Meretz und die sozialdemokratische Arbeitspartei waren früher die Hauptbefürworter der Zweistaatenlösung. Inzwischen sind beide Parteien Teil der Regierung von Naftali Bennett, dem ehemaligen Chef der ultrarechten Siedlerbewegung. Es mehren sich die Anzeichen, dass sich unter ihm das Siedlungsprojekt nochmals beschleunigt.

*Dabei war nicht nur in Deutschland die Hoffnung groß, dass sich durch die Abwahl von Benjamin*

*Netanjahu etwas zum Positiven ändern würde.*

**Boehm:** Das war eine falsche Hoffnung, denn die Alternative war immer politisch radikaler, und die Dinge haben sich in der Tat verschlimmert. Was das Siedlungsprojekt angeht, ist Bennett bekanntlich ideologischer als sein Vorgänger. Er profitiert jetzt davon, dass es keine Opposition dagegen gibt. Innerhalb und außerhalb Israels ist man erleichtert, dass Netanjahu zurückgetreten ist. Währenddessen wird die Besatzung gewalttätiger.

*Obwohl mit der Ra'am erstmals eine arabische Liste an der israelischen Regierung beteiligt wurde. Ist das kein Hoffnungsschimmer?*

**Boehm:** Ich fürchte, das Gegenteil ist der Fall. Ra'am sitzt in dieser Koalition, weil die Partei nicht wirklich an die Demokratie glaubt. Sie unterscheidet sich damit kaum von den anderen religiösen Komponenten des Bündnisses. Eine Koalition mit der Gemeinsamen Liste – also der größten Liste der arabischen Parlamentsabgeordneten – hätte es nie gegeben. Nicht weil diese Leute radikal sind, sondern weil sie an die Demokratie glauben und über die Besatzung und die Rechte der Palästinenser gesprochen hätten. Was wir derzeit erleben, ist keine Zusammenarbeit von Juden und Palästinensern. Zu sehen ist ein jüdischer Konsens der radikalen Rechten, der von einer palästinensischen Partei unterstützt wird, die wiederum die Rechte der Palästinenser opfert.

*Machen die beiden Parteien der israelischen Linken das alles mit, weil sie mit dem Verfall der Zweistaatenlösung in den vergangenen Jahren rapide an Bedeutung verloren haben?*

**Boehm:** Das ist sicherlich ein Grund. Ein anderer ist das Versagen von Denkern und Politikern, die sich den

## „Die besetzten Gebiete sind de facto bereits annektiert.“

Omri Boehm

*Auf der anderen Seite spielt die israelische Rechte immer offener mit dem Gedanken, Teile von Judäa und Samaria, also der besetzten Westbank, zu annektieren. Was würde das für die Zukunft Israels bedeuten?*

**Boehm:** Die besetzten Gebiete sind de facto bereits annektiert. Die angemessene Frage ist deshalb nicht, ob und wie dies offiziell geschieht. Die Frage ist: Wann wird Israel an die besetzten Gebiete angegliedert? Das heißt: Wann wird die Trennung zwischen Juden und Nicht-Juden auch wieder in das eigentliche israelische Territorium zurückkriechen?

*Zurückkriechen? Gibt es für diese Entwicklung Anhaltspunkte?*

**Boehm:** Ich benutze das Wort Zurückkriechen ganz bewusst. Viele haben vergessen: Die palästinensischen Israelis standen bis Ende der sechziger Jahre unter einem Militäregime. Es galten für sie Regeln, die ungefähr zur gleichen Zeit aufgehoben wurden, als Israel den Gazastreifen und das Westjordanland übernahm und dieses Modell zur Kontrolle der Palästinenser in den besetzten Gebieten exportierte. Auf dem Weg zur Einseitigkeit wird es wieder reimportiert werden. Wir sehen diesen Übergang bereits beim Aufbau von speziellen Polizeieinheiten. Der israelische Inlandsgeheimdienst Shin Bet ist inzwischen nicht nur mit der Terrorismusbekämpfung, sondern auch mit der Verbrechenbekämpfung in den arabischen Gemeinden Israels betraut. Zwar wird es eine offizielle Militärherrschaft über israelische Palästinenser ebenso wenig geben wie eine offizielle israelische Annexion der besetzten Gebiete. Aber wir stecken bereits so tief in der Einseitigkeit, dass es vordringlich nur noch um die Frage geht, wie die palästinensische Bevölkerung-

*Heißt das: Weite Teile des linksliberalen Spektrums der israelischen Gesellschaft haben sich mit der Siedlungspolitik, der weiteren Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung sowie den periodischen Ausbrüchen offener Gewalt abgefunden?*

**Boehm:** Sie halten diesen Zustand zumindest für erträglich und tragbar. Anstatt nach Frieden und Gerechtigkeit zu streben, lassen sich viele auf ein neues Paradigma ein. Es lautet: „Schrumpfung des Konflikts.“ Dahinter steckt eine Idee des „Philosophen“ Micha Goodman. Er glaubt der Apartheid in der Westbank ein menschliches Antlitz geben zu können. Ich halte diese Vorstellung für eine kriminelle Dummheit.

*Sie sprechen von Apartheid? Ist der*



Nahostkonflikt: Palästinenser und israelische Sicherheitskräfte stehen sich am 12. Januar in Hebron, Westjordanland, gegenüber.

FOTO: IMAGO

mehrheit und Juden, die für gleiche Rechte streiten, unter Kontrolle gehalten werden können. Jeder, der Israel liebt, sollte erkennen, dass dies der falsche Weg ist.

*Sie fordern in ihrem Buch „Israel – eine Utopie“ eine grundlegende Kehrtwende und plädieren für einen gemeinsamen, binationalen jüdisch-arabischen Staat.*

**Boehm:** Die Idee ist, eine föderative Konstellation zu entwickeln, in der die nationale Selbstbestimmung von jedem der beiden Völker in seinem eigenen Staat ausgeübt wird, während Menschenrechte, Bewegungsfreiheit, wirtschaftliche Freiheiten und andere Grundrechte auf dem gesamten Territorium gewährleistet sind. Anstatt zu versuchen, sich zu trennen, sollten wir endlich lernen, wirklich gleichberechtigt zusammenzuleben.

*Ist das Modell angesichts des über Jahrzehnte gewachsenen Misstrauens und der großen Gewalttätigkeiten beider Bevölkerungsgruppen realistisch?*

**Boehm:** Das hängt davon ab, was wir als „realistisch“ bezeichnen. Die Zweistaatenlösung ist unrealistisch. Die Vorstellung, den Status quo aufrechterhalten zu können, ist unrealistisch – irgendwann wird die Lage explodieren. In Resignation zu versinken ist ebenfalls unrealistisch – auch diese Form der Realitätsverweigerung wird uns um die Ohren fliegen. Natürlich ist die von mir vorgeschlagene Politik weit hergeholt. Aber sie ist die realistischste, die derzeit auf dem Tisch liegt. Wenn wir anfangen, sie zu verfolgen, sie zu legitimieren und ihre konkreten Details auszuarbeiten, wird es uns gelingen, Hoffnung zu schöpfen und langsam das Misstrauen zu überwinden. Ich

nenne meinen Vorschlag das Modell „Haifa-Republik“. Nicht, weil ich glaube, dass in dieser Stadt die Utopie bereits ver-

wirklich ist. Aber in Haifa und Umgebung gibt es Beispiele dafür, wie sich ein wunderbares Vertrauen und ein Zusammenleben entwickeln kann. Die Frage ist, ob wir uns auf diese Beispiele konzentrieren und darauf Hoffnung aufbauen wollen. Oder ob wir uns entscheiden, Gewalt und Misstrauen zu betrachten.

*Was ist das Besondere an Haifa?*

**Boehm:** Anders als weite Teile Israels blieben die Stadt Haifa und die Region Galliläa aus den verschiedensten Gründen gut von Palästinensern besiedelt. Haifa ist inzwischen zum Tel Aviv der palästinensischen Araber geworden – zu einer Stadt, in die Palästinenser ziehen, wenn es ihnen wirtschaftlich gut geht. Da sich Juden und Palästinenser gar nicht so sehr unterscheiden, vermischen sie sich, wenn beide starken Gemeinschaften in unmittelbarer Nachbarschaft leben. Es gibt zwar nur wenige Bereiche in Haifa, wo so etwas zu beobachten ist. Aber es sind diese Anzeichen des Zusammenlebens, an denen ich festhalten möchte.

*Voraussetzung für ein binationales Modell ist in Ihren Augen, dass der jüdische Teil der israelischen Bevölkerung die Shoah als zentrale Gewalterfahrung vergessen muss. Das klingt sehr provokativ – gerade in Deutschland, wo sich die Gesellschaft erst nach Jahrzehnten der Amnesie an die eigenen Verbrechen erinnert hat und es in rechten Kreisen immer noch eine Schlussstrich-Mentalität gibt.*

**Boehm:** Natürlich muss der Holocaust erinnert werden. Aber viel besser, als es im Moment geschieht. Nur das meine ich mit dem Begriff „vergessen“. Insbesondere sollte eine nationale, um nicht zu sagen nationalstische Form der Erinnerung, die alle politischen Konflikte als Überlebenskämpfe darstellt, überwunden werden. Die Palästinenser sind keine Nazis. Wir Juden stehen nicht vor der Vernichtung. Wie ich in meinem Buch zu zeigen versuche, muss und kann das Gedenken an den Holocaust in Israel entnationalisiert und zu einer öffentlichen Aufgabe werden, die alle Bürger eint.

*Auch die Palästinenser müssten für ein gemeinsames Projekt die Nakba vergessen, also ihre gewaltsame Vertreibung nach der israelischen Staatsgründung. Dabei hat die israelische Mehrheitsgesellschaft die Nakba noch gar nicht als*

*Unrecht begriffen.*

**Boehm:** Die Bedeutung des Vergessens ist hier genau dieselbe wie im Fall des Holocausts: Erinnern, aber besser. Als Pflicht der Bürger, nicht als Anker einer nationalistischen Politik. Um dieses bessere Verhältnis zur Erinnerung zu entwickeln, ist es notwendig, dass wir Juden besser, viel besser, der Nakba öffentlich gedenken. Nur wenn wir das tun, wird die Idee, dass die Nakba als nationales Gedächtnis vergessen und als Pflicht der Bürger erinnert werden kann, möglich sein.

*In Deutschland wird Kritik an der israelischen Politik immer häufiger als antisemitisch gebrandmarkt. Ist Ihnen der Vorwurf auch schon gemacht worden?*

**Boehm:** Ja, die Kritik wurde gegen mich mehrmals erhoben. Einmal zum Beispiel wurde mir vorgeworfen, ich würde die „Endlösung“ unterstützen. Ein anderes Mal hat mich der ehemalige Bundestagsabgeordnete der Grünen, Volker Beck, beschuldigt, der „Apostel“ des Antisemitismus in Deutschland zu sein. Wie ich auf diesen Unsinn reagiere? Zuerst lache ich. Aber dann werde ich traurig und besorgt, denn wir Juden sollten zu klug sein, um einer Kultur zu vertrauen, die diese Form des verschwörungsgeladenen, hasserfüllten Philo-Semitismus zu einer normalen und akzeptierten Form der Beziehung zu Juden und jüdischen Gemeinden gemacht hat. Deutsche Menschen in meinem Umfeld, ob sie nun meine Politik teilen oder nicht, sind in der Regel vernünftiger. Diese rationale Haltung gilt es zu verteidigen.

*Wo ziehen Sie eine Trennlinie zwischen legitimer und antisemitischer Kritik an Israel?*

**Boehm:** Israels Existenzrecht als jüdischer Staat zu bestreiten, ist nicht antisemitisch. Palästinenser können in einem jüdischen Staat nicht gleichberechtigt leben, selbst wenn sie dessen Bürger sind. Die Gleichheit zwischen Palästinensern und Juden zu fordern ist nicht antisemitisch. Aber Antisemitismus existiert. Hass gegen Juden als Juden, in welcher Form auch immer, ist antisemitisch und muss angeprangert und bekämpft werden. Juden für die israelische Politik verantwortlich zu machen, ist antisemitisch und muss bekämpft werden. Juden das Recht auf Selbstbestimmung in einer Politik zu verweigern, die die Gleichberechtigung von Juden und Palästinensern sicherstellen würde, ist ebenfalls antisemitisch. Denn Juden wie Palästinenser haben ein Recht auf politische Selbstbestimmung.

## ZUR PERSON

### Online-Vortrag an der RWTH Aachen

**Omri Boehm** (42) ist ein israelisch-deutscher Philosoph und Publizist. Er forscht und lehrt an der New Yorker New School for Social Research. 2020 veröffentlichte er im Propyläen-Verlag sein Buch „Israel – eine Utopie“, das zu einem Bestseller wurde.

**Am Montag, 24. Januar**, referiert Boehm an der RWTH Aachen. Im Rahmen einer von den Professoren Simone Paganini, Joachim Mayer und Ghaleb Natour organisierten Vortragsreihe zu Israel und Palästina stellt er seine Vision von einem jüdisch-arabischen Zusammenleben vor. Die Online-Veranstaltung beginnt um 18.30 Uhr. Interessenten müssen sich anmelden unter der E-Mail-Adresse [leonardo@humtec.rwth-aachen.de](mailto:leonardo@humtec.rwth-aachen.de)



Der Philosoph Omri Boehm. FOTO: ULLSTEIN-VERLAG